Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 2,25 M., ins Haus geliefert 2,55 M., durch die Post bezogen mit Aufrag 2,69 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 15 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 25 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 25 Pf., für Auswärtige 40 Pf., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 50 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Voranszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt.“** Fernsprecher 224.

Nr. 62. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | **Namslau, Mittwoch, den 28. Mai.** | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1919.**

Die wahren Gründe.

Ein Geständnis, das Clemenceau entschlüpft ist.

Berlin, 26. Mai 1919. Das Pariser Organ des französischen Ministerpräsidenten rühmt, daß die letzte Antwort der Alliierten an die deutsche Delegation, jene Note, die die Wirtschaftsfragen behandelt, persönlich von Herrn Clemenceau verfaßt worden sei. Man erkenne seinen Stil, man spüre seine Feder. Nun ja, Herr Clemenceau ist ein geschickter Advokat, und seine Polemik weist jene Gewandtheit auf, durch die Pariser Anwälte sich Erfolge zu erwerben wissen, die aber mehr an die Phrase appelliert, als mit wirklichen Gründen und Beweisen zu arbeiten pflegt. Immerhin hat Herr Clemenceau sich dazu hinreißen lassen, in dieser Antwortnote ein Geständnis abzulegen, das klar enthüllt, von welchem Geist der ganze Versailler Friedensvertragsentwurf getragen ist und worauf er hinaus will.

Im ersten Absatz der Antwortnote wird nämlich mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß Deutschland im Kriege keinerlei Schädigungen erlitten habe, daß keine Verwüstungen in irgend einem deutschen Gebietsteile sich ereignet hätten, und daß deshalb die Kraftquellen Deutschlands unversehrt geblieben wären. Aus dieser Tatsache folgert dann die Note, daß Deutschland Bedingungen auf sich nehmen müßte, die diesen Vorteil gegenüber den übrigen am Kriege beteiligten Mächten sozusagen wett machten. Mit anderen Worten: Frankreich fürchtet, was es schon immer gefürchtet hat, daß die deutsche Wirtschaftskraft nach dem Kriege stark geblieben sei und sich in einer Form äußern werde, die für Frankreich eine peinliche Nebenbuhlerschaft bedeute. Um diese Möglichkeit aus der Welt zu schaffen — und zwar nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für unabsehbare Zukunft — erdrosselt man Deutschland und nehme ihm seine Entwickelung.

Diese Melodie kennt man, es ist die gleiche, die schon vor langem auch in England gesungen wurde und die nichts anderes besagt, als daß Mittel gesucht und gefunden werden müßten, um den unbequemen Konkurrenten zu beseitigen. Es ist ja kein Geheimnis, daß bei der Abfassung des Friedensvertrages, soweit es sich um die wirtschaftlichen Fragen handelt, die englische Mitwirkung unverkennbar ist, daß England heute am Ziele zu stehen glaubt, an dem Ziele nämlich, durch das die Alleinherrschaft der Welt für Handel und Industrie gewährleistet sein soll. Die Dinge stehen also folgendermaßen: Die im deutschen Volke von Natur aus innewohnende Kraft der Arbeit und produktiven Leistungsfähigkeit soll künstlich, d. h. durch gewaltsame Mittel zurückgedämmt, wenn möglich, überhaupt zunichte gemacht werden. Der Friedensvertrag geht also darauf aus, den Stand der Weltwirtschaft, in dem sich Deutschland eine führende und wichtige Rolle errungen hatte, errungen durch eigene Fähigkeiten und durch Fleiß, zurückzuschrauben oder, wenn man noch deutlicher sein will, den Stand der Weltzivilisation um viele Jahrzehnte zurückzuversetzen.

Darin liegt der Sinn des von den Alliierten geplanten Friedensschlusses. Clemenceaus Note spricht dies mit ziemlich unverhüllten Worten aus und man muß sich über die Unverfrorenheit und die Frivolität wundern, mit der ein solches Geständnis abgelegt wird. Zahlreiche Einzelheiten des Friedensvertrages stimmen zu diesem Programm. Man bedenke nur, was es bedeutet, eine Reihe von Gebieten des deutschen Ostens den Polen zu überantworten, die — das wird kaum jemand bestreiten können — in unzähligen Dingen der Verwaltung, der Hygiene, der industriellen und kommerziellen Fähigkeit, der Organisation u. a. m. an deutsche Leistungsfähigkeit nicht im entferntesten heranreichen. Man betrachte beispielsweise einmal, um nur etwas herauszugreifen, das Schicksal der Stadt Posen. Heut ist dieser Ort ein blühendes, großes, modernes, sauberes, mitteleuropäisches Gemeinwesen; Deutschland hat es dazu gemacht. Zweifelt irgend jemand daran, daß Posen in etwa 10 Jahren schon eine schmutzige, verwahrloste polnische Stadt sein wird? Welche Vernunft soll darin liegen, solche Wandlungen gewaltsam herbeizuführen, nur aus den einzigen Gründen, um Deutschland zu schädigen?

Dieses eine Beispiel ließe sich nach Belieben vielfältigen und mit gewissen Aenderungen auch auf Elsaß-Lothringen anwenden, das bereits heute über die französischen Verwaltungskünste jammert. Haß und Angst haben den Versailler Friedensvertrag erzeugt. Haß und Angst sind die Paten gewesen, die Gevatter standen bei der Taufe dieser Mißgeburt, die sich Weltfrieden nennt und eine Karrikatur auf den Begriff eines wirklichen Weltfriedens ist.

Clemenceau und die deutschen Kriegsgefangenen.

Haß, Unverstand, Erpressung.

Die Verbandsnote über unsere Kriegsgefangenen hat in allen Kreisen des deutschen Volkes flammende Empörung wachgerufen. Wer es nicht glauben wollte, daß wir dem grausamsten Hochmut und Vernichtungswillen gegenüberstehen, dem sind wohl jetzt die Augen aufgegangen. Diese Ausgeburt von Rachedurst und Unverstand ist zum Unterschied von der ziemlich gemäßigten Völkerbundsnote, die von Lord Robert Cecil stammen soll, offenbar der Feder Clemenceaus selbst entflossen. Sie zeigt die ganze unheilbare Selbstgerechtigkeit und Unbelehrbarkeit der französischen Geistesverfassung. Sie bietet so unglaubliche völkerrechtliche Blößen, daß es der deutschen Delegation in Versailles leicht fallen dürfte, bis zum 29. Mai eine schlagende Rückantwort fertig zu stellen und die angeblich unangreifbare Stellung Clemenceaus wenigstens in diesem Punkte vor aller Welt zu erschüttern.

Wie blutiger Hohn klingt es in dieser Verbandsnote, wenn die Verbündeten versichern, sie hätten sich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bemüht, die Gesetze des Krieges und der Humanität gegenüber den deutschen Gefangenen zu beachten! Wollten wir die schier unerschöpfliche Fülle von Grausamkeiten und Gemeinheiten ausbreiten, die die Wächter unserer gefangenen Brüder sich zuschulden kommen ließen, wir müßten Bände schreiben. Nur an einiges sei erinnert:

Nach Anfang Januar d. Js. mußte die deutsche Regierung durch die schweizerische Gesandtschaft bei der französischen Regierung Einspruch erheben wegen der Vorgänge in der „Hölle von Carpiagne“. Am 17. August 1918 hatten sechs Kriegsgefangene des Lagers Carpiagne versucht, sich der unerhörten Behandlung ihrer Peiniger zu entziehen. Sie wurden aber schon 800 Meter vom Lager entfernt entdeckt und festgenommen, mit gespanntem Revolver bedroht und von dem Leutnant Fillppo mit einem dicken Stock mißhandelt und blutig geschlagen. Darauf wurden sie in eine Arrestzelle abgeführt, wo sie sich bis aufs Hemd entkleiden und 24 Stunden ohne Essen und Trinken verbleiben mußten. Die Zelle hatte nur eine Pritsche für einen Mann. Tagsüber wurde Wasser auf den Zementboden gegossen, damit die Gefangenen sich nicht auf den Boden legen konnten. Während neun Tagen durften sich die Gefangenen nicht waschen. Wiederholt wurden sie von den Wachmannschaften geschlagen, die offenbar hierzu Auftrag hatten und nur auf Gegenwehr zu warten schienen, um die Gefangenen niederzuschießen. Als gegen diese Mißhandlungen der Vorsitzende des von den Gefangenen gebildeten Hilfskomitees, ein Offizierstellvertreter, Beschwerde einlegte, wurde er von Leutnant Fillppo wegen unbegründeter Beschwerde mit 30 Tagen Arrest bestraft. Am Abend wurde er in der Zelle von einem Korporal und einem Soldaten aufgesucht, wegen seiner Beschwerde verhöhnt und dann ohne jeden Grund geschlagen.

Solche Dinge und noch viel schlimmere hatten sich während des Krieges zu hunderten ereignet. Man denke an das traurige Schicksal der Patrouille Schierstädt, an die Pariser Kriegsgerichtsprozesse der deutschen Sanitätspersonen, an die englischen Versuche, unsere U-Bootsleute als „Mörder“ zu behandeln, an das völkerrechtswidrige Festhalten der deutschen Gefangenen in der Feuerzone usw. Und da wagt es die Clemenceausche Note zu sagen, daß keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und durch die Verbündeten andererseits möglich sei und daß deshalb keine Gegenseitigkeit im Austausch gefordert werden könne.

Wir haben alle Gefangenen der Verbündeten herausgeben müssen. Sie halten unsere Väter, Brüder, Söhne noch in Schmach und Banden. Und statt ehrlich einzugestehen, daß sie eben auf ihrem Machtstandpunkt verbleiben, überschütten sie uns noch in der amtlichen Note mit Haß und Hohn. Ja, sie benutzen unsere Notlage noch zu einer Erpressung; Kommissionen zur Heimbeförderung der deutschen Gefangenen, so lautet der Schluß des Clemenceauschen Haßgesanges, werden nicht eingesetzt, so lange man nicht hört, daß die Bevollmächtigten des Deutschen Reiches den Frieden zu unterzeichnen beabsichtigen.. Offenbar bereut man in Paris bereits die Fristverlängerung bis zum 29. Mai, und gewisse Leute sind schon sehr unruhig, weil sie merken, daß unser Unannehmbar wirklich kein Bluff ist.

Und mit solchen Mittelchen, wie verlängerte Marter der deutschen Gefangenen, will man uns kirre machen? Man wird sich täuschen. Unsere armen Brüder in Feindesland halten, nachdem sie so vieles erduldet, auch das noch aus. Sie machen unseren gerechten Widerstand nicht zuschanden. Stolz und ungebeugten Hauptes stehen auch diese unglücklichen Landsleute vor ihren Folterknechten.

*

Frankreich, der Sklavenhalter Europas.

Haag, 23. Mai. Aus einer äußerst zuverlässigen und im gewissen Sinne autorisierten Quelle erfährt ein Berliner Blatt, daß Frankreich nicht die Absicht habe, die deutschen Kriegsgefangenen, die sich in seiner Macht befinden, nach Friedensschluß tatsächlich freizulassen. Die Kriegsgefangenen sollen weiter in Frankreich bleiben und zu Wiederherstellungsarbeiten verwendet werden. Diese unerhörte Nachricht ist in so bestimmter und einwandfreier Form zugegangen, daß man nicht umhin kann, sie weiterzugeben. Frankreich wird die von ihm bereits jetzt vorausgesehene und vorausgesetzte Nichterfüllung eines Teiles des Friedensvertrages durch Deutschland als Begründung benützen, um seinerseits Frankreichs Verpflichtungen in der Kriegsgefangenenangelegenheit nicht zu erfüllen.

Politische Rundschau.

Berlin, 26. Mai. (Privattelegramm.) In einer gestrigen Unterredung des Grafen von Brockdorff in Versailles mit dem Sonderberichterstatter des Vorwärts antwortete der Minister, auf die Frage, wie er die letzten Kundgebungen der Unabhängigen zu Gunsten der Unterschreibung um jeden Preis beurteile, er könne die tiefe Sehnsucht der arbeitenden Massen, die während dieser fünf Jahre entsetzlich gelitten haben, nach der endlichen Wiederkehr des Friedens nur zu gut begreifen und er werde auch nichts unterlassen, das Ziel dieser Sehnsucht zu erreichen. Auch sei er nach Versailles mit der festen Absicht gekommen, das, was vom früheren Wohlstand und Glück des deutschen Volkes noch übrig bleibe, zu verteidigen und zu retten, aber auch dieser letzte Rest wäre durch die uns überreichten Friedensbedingungen vernichtet und da frage es sich, ob durch eine Verweigerung der Unterschrift diese Rettung nicht eher zu erreichen wäre, als durch eine Unterwerfung, wie sie die Unabhängigen verlangen. Gewiß, er kämpfe bis zuletzt, um auf dem Wege der Verhandlungen zu versuchen, das Schicksal des arbeitenden Deutschland zu verbessern, aber die deutschen Delegierten würden sich an den Interessen gerade der deutschen Arbeiterklasse schwer versündigen, wenn sie Bedingungen unterschrieben, die nichts anderes als verewigte Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedeuten. In seiner letzten Note habe Clemenceau bestritten, daß die Folgen der Friedensbedingungen so katastrophal für das deutsche Volk wären, wie wir sie in unserer Entgegnung darstellten, er spreche wiederholt von starken Uebertreibungen und meine, es wäre unvorsichtig, zu viel Gewicht auf diese Mutmaßungen zu legen. Bestreiten heißt nicht beweisen, und mit diesem Satz werde nichts bewiesen. Im übrigen werde die Richtigkeit unserer Mutmaßungen auch auf der anderen Seite anerkannt. Ein rechtsstehendes Pariser Blatt, die Action française, war das erste, das noch vor Ausgabe unserer Note schadenfroh feststellte, dieser Friede bedeute die Versklavung des deutschen Volkes auf wenigstens 50 Jahre und zu einer Zeit, wo der Wortlaut unserer Note über die wirtschaftlichen Fragen des Friedensentwurfs für Deutschland noch nicht veröffentlicht werden durfte, schrieb bereits ein englisches liberales Blatt, die „Daily News“, alles, was in dieser Note angeführt wäre, entspreche den Tatsachen, also auch die Erklärung, daß diese Bedingungen eine Vernichtung von Millionen Deutschen bedeuten. Sollte ich unter dem Drucke dieser irregeführten Volksgenossen diesen Todesurteil unterschreiben?

Der Minister wies auf mehrere Pariser Zeitungen hin, die unter fetten Ueberschriften spaltenlange Berichte über die Kundgebungen im Lustgarten, im Berliner A.- und S.-Rat usw. enthalten, und mit ernster Stimme fuhr er fort: Das werden Sie mir bezeugen können, die ohnedies schwere Aufgabe der deutschen Delegation haben diese Kundgebungen nicht erleichtert.

Gefragt, was er von der Aeußerung Haases halte, der Friede müsse unterschrieben werden, die kommende Weltrevolution werde ihn zu einem Fetzen Papier machen, antwortete der Minister: Ueberhaupt hört man jetzt sehr oft hüben und drüben diese Worte. Als ich nach Versailles kam, hatte ich die feste Hoffnung, daß die Zeit der Papierfetzen endlich abgeschlossen sei und daß ein neues Zeitalter beginnen würde, in dem man nur Unterschriften vollzieht, die von beiden Seiten geachtet würden. Diese Hoffnung auf eine Gesundung der internationalen Moral habe ich nicht aufgegeben und ich werde auch danach handeln.

Wtb. Versailles, 25. Mai. Daily Mail meldet aus Koblenz, daß die englischen und amerikanischen Heerführer Maßnahmen beraten hätten für den Fall der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland. Es sei u. a. eine ständige Be-

schließung der großen deutschen Städte bei Tag und Nacht, namentlich Berlins und Münchens, durch Flugzeuge vorbereitet. Eine große Zahl Fliegeroffiziere sei bereits am Rhein eingetroffen.

Wtb. Haag, 25. Mai. Aus London wird amtlich gemeldet: Nachdem bereits in der Handhabung der Blockade gewisse Milderungen zugestanden sind, hat die Regierung nunmehr beschlossen, künftig britischen Firmen zu gestatten, sich an der Ausfuhr von Nahrungsmitteln über neutrale Länder und alliierte Staaten zu beteiligen, jedoch wird die monatliche Nation, die für die Neutralen hinsichtlich der Ausfuhr festgesetzt wurde, nicht überschritten werden dürfen.

Die Antwortnote in der Saarfrage.

Paris, 26. Mai. (Agence Havas.) Die deutsche Delegation erhielt auf ihre beiden Noten zu den Bestimmungen des Friedensvertrages betreffend die deutsche Westgrenze und das Saarbecken von Clemenceau nachfolgende Antwort:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Schreiben vom 13. und 16. d. M. zu bestätigen. Da sie beide die nämlichen Gegenstände betreffen ziehe ich vor, sie zusammen zu beantworten. Was die in Ihrem Schreiben niedergelegten allgemeinen Bemerkungen anbetrifft, so bestrelte ich feierlich im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, daß, wie Sie behaupten, im Friedensvertrag deutsche Gebiete gleich Schachfiguren zum Gegenstande des Handels zwischen den verschiedenen Souveränitäten gemacht werden. Tatsächlich werden die Wünsche der Bevölkerung der sämtlichen besetzten Gebiete in Berücksichtigung gezogen werden. Die Modalitäten dieser Volksbefragung wurden im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse mit Sorgfalt erwogen. In den an Belgien abgetretenen Gebieten ist der öffentlichen Meinung jede Freiheit gewährleistet, um sich binnen einer Frist von sechs Monaten auszusprechen. Eine einzige Ausnahme wird gemacht für denjenigen Teil von Preußisch-Moresnet, der sich westlich der Straße von Lüttich nach Aachen hinzieht, dessen Bevölkerung weniger als 500 Einwohner umfaßt und dessen Waldbestand an Belgien abgetreten wird als ein Teil der Wiedergutmachung für die von Deutschland in Belgien vorgenommene Zerstörung von Waldbeständen.

In bezug auf Schleswig ist zu bemerken, daß die Bevölkerung sich auf Wunsch der dänischen Regierung und der dänischen Bevölkerung mit der Angelegenheit befaßt. Die vorgeschlagene Abgabe von deutschen Kohlenbetriebsaktien würde eine schwierige Lage für die französischen Aktionäre schaffen. Die vollständige Uebergabe der in der Nähe der französischen Grenze liegenden Gruben ist die einfachste Entschädigung für die in Frankreich zerstörten Bergwerke. Gewisse Stellen in Ihrem Brief vom 13. Mai scheinen eine gewisse Ungenauigkeit der Auslegung unserer Artikel zu verraten. Um die Höhe der Zahlung in Gold bei dem eventuellen Rückkauf der Bergwerke im Saargebiet zu vermindern, haben die alliierten und assoziierten Regierungen beschlossen, diese Bestimmung zu ändern. Sie schlagen vor, der Bestimmung folgende Fassung zu geben: Die Verpflichtung Deutschlands, seine Zahlung in Gold auszuführen, wird von der Entschädigungskommission in Erwägung gezogen werden. Deutschland kann eine Hypothek dafür geben, deren Höhe die Kommission bestimmen wird.

Die Schuldfrage.

Versailles, 25. Mai. Die deutsche Delegation hielt heute, wie die „Schles. Ztg." berichtet, eine lange Sitzung zwecks Beratung über die zu übergebende Denkschrift ab. Die Brockdorffsche Note über die Schuldfrage am Kriege, die Clemenceau in seiner Antwortnote nur oberflächlich behandelte, ist die letzte Note vor der Uebergabe der Denkschrift. „Echo de Paris" erklärt wieder Deutschland für den allein Schuldigen. Aber „Populaire" schreibt, die Wahrheit werde von Tag zu Tag klarer. Das Blatt weist auf die kriegerischen Bestrebungen gewisser Elysee- und Akademie-Generale, wie Castelneau, Peau und Joffre, vor dem Kriege hin, und erklärt, als General Michelet im Jahre 1911 auf die Schrecken eines Krieges aufmerksam gemacht hatte, hätte man ihn unverzüglich von der Bildfläche verschwinden lassen. Castelneau, Peau, Joffre rissen die Militärgewalt an sich. Das Resultat sei gewesen: 1561 Kriegstage, 5000 Tote pro Tag, insgesamt mehr als siebeneinhalb Millionen Tote.

Marcel Hutin schreibt im „Echo de Paris", die Wetten stünden heute auf Unterzeichnung der Friedensbedingungen. Alle Antwortnoten Clemenceaus seien als „Marke Wilson" zu betrachten. Die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge werde 6 bis 8 Tage dauern. Die Uebergabe der Antwort sei am 7. oder 8. Juni zu erwarten, dann noch 3 Tage Bedenkzeit für die deutsche Delegation: Ja oder Nein! Am 15. Juni werde alles geregelt sein.

Polen die größte Militärmacht des Ostens.

Neue Schwierigkeiten für die Friedenskonferenz.

Wtb. Berlin, 22. Mai. Ein amtlicher Funkspruch aus Lyon vom 20. Mai meldet: Der Friedenskonferenz erwachsen einige Schwierigkeiten durch die Polen. Paderewski verhandelte stundenlang mit Wilson und Oberst House, um Amerikas Zustimmung zu einem Feldzug gegen die Ukraine zu erlangen. Er erklärte, daß ganz Polen das Recht zu erhalten wünsche, die Angelegenheit Teschen mit Tschecho-Slowaken auszufechten. Die heimliche Hoffnung des polnischen Ministerpräsidenten schien zu sein, daß Deutschland sich der Ausführung der Friedensbedingungen für den Osten widersetzen möge, was den Polen die Möglichkeit gäbe, dem verstümmelten Preußen den endgültigen großen Schlag zu versetzen. Es erforderte einen großen Druck auf Paderewski, um ihn zu bewegen, in die Hintanstellung der Feindseligkeiten zu willigen. Paderewski war einverstanden, aber als man diese Entscheidung den Polen bekanntgab, entstand in der Regierung sofort eine Krise, welche Paderewski veranlaßte, seine Entlassung einzureichen. Es bestehen ernste Zweifel, ob durch die Nichtannahme seines Gesuches die Schwierigkeiten für den Premierminister aus der Welt geschafft sind. Polen glaubt, heute die stärkste Armee im Osten zu besitzen, und betrachtet diese Armee als wichtigstes Instrument.

Dieser amerikanische Funkspruch ist ein erneuter Beweis für die sogenannte und oft behauptete Friedfertigkeit und Aufrichtigkeit der Polen.

Warum Deutschland ablehnt.

Die Berliner Vertretung der „Associated Preß" gab am Dienstag die nachstehende, ihr von berufener Seite erteilte Information nach Amerika:

Deutschland lehnt es ab, die ihm vorgelegten Friedensbedingungen zu unterzeichnen, weil sie die wirtschaftliche Vernichtung, die politische Entehrung und die moralische Degradierung für die ganze deutsche Nation wie für jeden einzelnen Deutschen bedeuten, und zwar nicht nur für das gegenwärtig lebende Geschlecht, sondern selbst noch für ungeborene Generationen. Deutschland hat Frieden geschlossen auf Grund der 14 Punkte Wilsons, die sich ganz Amerika zu eigen gemacht hatte, und ganz Amerika wie jeder einzelne Amerikaner ist für die Erfüllung dieses Anspruches haftbar. Es ist nicht Sache des deutschen Volkes, anzugeben, wie seine Rechte aus 14 Punkten und besonders aus der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Das ist vielmehr Sache derer, die die 14 Punkte aufgestellt und zur Annahme gebracht und daraufhin Deutschland veranlaßt haben, die Waffen niederzulegen. Wir glauben auch nicht, daß Präsident Wilson, Staatssekretär Lansing und das amerikanische Volk sich auf einen anderen als auf den hier dargelegten deutschen Standpunkt stellen können, was Präsident Wilson in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1917 weit von sich wies, als er sagte: „Wir würden unsere eigene Sache entehren, wenn wir Deutschland anders als gerecht und unparteiisch und mit dem leidenschaftlichen Verlangen nach Gerechtigkeit gegen alle behandelten, einerlei, wie der Kriege ende. Wir verlangen nichts, was wir selber zuzustehen nicht bereit sind." Und wir, das deutsche Volk, verlangen auch weiter nichts, als das, was Präsident Wilson in dieser Erklärung verkündet hat. Amerika muß entweder seine 14 Punkte durchsetzen oder es muß erklären, daß es dazu nicht imstande ist, oder daß es das nicht will. Auf keinen Fall darf es die Welt glauben lassen, daß es die Friedensbedingungen von Versailles als den wahren Ausdruck der 14 Punkte Wilsons gelten lassen will.

Italiens eigenmächtiges Vorgehen gegen die Türkei.

Amsterdam, 24. Mai. Einer Radiomeldung aus Newyork zufolge wissen die amerikanischen Blätter von einer im Viererrat herrschenden Unstimmigkeit Mitteilung zu machen, die dadurch entstanden sei, daß italienische Truppen ohne Wissen der Konferenz in der Türkei gelandet sein sollen.

Wie die „Associated Preß" meldet, sollen Großbritanien, Frankreich und die Vereinigten Staaten Italien um eine Erklärung darüber ersucht haben. Wie die amerikanischen Blätter bemerken scheinen die Italiener die Absicht zu haben, auf eigene Faust ihre Interessen wahrzunehmen.

Die militärischen Bedingungen für Oesterreich.

Versailles, 24. Mai. Die Pariser Morgenblätter melden, daß der Rat der Vier sich gestern mit den militärischen Bedingungen für Oesterreich und der Frage der österreichischen Kriegsgefangenen beschäftigt hat.

Die Pariser „Chicago Tribüne" erklärt, daß der Vertrag mit Oesterreich am Dienstag fertiggestellt sein und Mittwoch nachmittag den österreichischen Delegierten überreicht werden wird. Den Oesterreichern wird eine Woche Frist eingeräumt werden, um den Vertrag zu prüfen. In militärischer Hinsicht ist beschlossen, daß die österreichische Armee auf zwei Divisionen mit höchstens 20 000 Mann einschließlich 8 Feldartillerieregimentern herabgesetzt werden soll.

Der Rat der Vier begann sodann die letzte Erörterung über die finanziellen Bedingungen, namentlich hinsichtlich der Verteilung der Kriegsschuld des ehemaligen Oesterreich-Ungarn auf die Staaten, welche sich heute im Gebiet der früheren Monarchie gebildet haben.

„Newyork Herald" hält es für wahrscheinlich, daß die Oesterreicher den Vertrag noch vor Deutschland unterzeichnen werden.

Gegenrevolution der deutsch-ungarischen Bauern.

Wien, 24. Mai. Die Empörung der deutschen Bevölkerung in Westungarn gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen der Sowjetregierung wird immer größer und hat bereits zum offenen Ausbruch einer Gegenrevolution in Eisenberg geführt, wo die Ereignisse im vollen Gange sind und immer mehr an Ausbreitung gewinnen. 3000 bewaffnete Bauern haben sich der Bewegung angeschlossen.

Bericht eines Entente-Journalisten über die Verhältnisse in Oberschlesien.

Wtb. Amsterdam, 26. Mai. Der Berliner Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald" meldet seinem Blatte, er habe auf einer Reise durch Oberschlesien vollständige Einigkeit zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern und den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen vorgefunden. Sie protestieren alle dagegen, von einem Staate, in dem ihre Zukunft gesichert sei, an einen Staat übertragen zu werden, in dem die Lebensverhältnisse rückständig und unsicher seien. Der Korrespondent meldet ferner, daß der Geist des Widerstandes gegen die Friedensbedingungen der Verbandsmächte von Tag zu Tag wachse. Selbst wenn die Berliner Regierung den Frieden unterzeichnet was sehr zu bezweifeln sei, so werde Schlesien sich niemals fügen.

300000 Häuser in Frankreich zerstört.

Paris, 25. Mai. Die Regierung hat gestern der Kammer über die Materialschäden ausführliche Mitteilungen gemacht. Danach sind 540000 Häuser wieder herzustellen. Außerdem sind 300 000 Häuser gänzlich neu aufzubauen. Im Hinblick auf diese Ziffern sei die Deutschland auferlegte Entschädigungssumme als außerordentlich niedrig anzusehen. (Die alliierten Trommelfeuer haben natürlich gar keine Häuser zerstört! Anm. d. Red.)

Wie die Entente Ungarn „beschützt".

Wtb. Budapest, 26. Mai. Der „Pester Lloyd" meldet: Unter dem Schutz der Entente-Armee wütet in Szegedin seit Wochen der weiße Terror. Blutstribunale seien eingesetzt, die mit beispielloser Grausamkeit gegen die Anhänger der sozialistischen Ideen vorgingen. So sei ein Mitglied des Szegediner Direktoriums zum Tode durch Erschießen, ein Arbeiterführer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

Das kriegslüsterne Polen.

Berlin, 25. Mai. Ein amerikanischer Funkspruch aus Lyon vom 22. Mai meldet: Die Schwierigkeiten der Friedenskonferenz, den Frieden in Europa wieder herzustellen, werden durch die Haltung des polnischen Landtages gegen Paderewski illustriert. Paderewski ist nach Polen als Agent der Konferenz zurückgekehrt, um zu versuchen, die Polen zur Annahme des mit der Ukraine getroffenen Friedensvertrages zu überreden. Paderewski übernahm den Auftrag, ohne daran zu zweifeln, daß sein Volk die Annahme verweigern würde, und machte auf der Pariser Konferenz geltend, daß das Einzige, was Polen jetzt benötige, um es zu einer wirklichen Nation zu machen, der Sieg über einen fremden Feind sei.

Er plaidierte bei den Kommissionsmitgliedern dafür, daß es Polen gestattet werden sollte, mit der Ukraine den Kampf auszufechten und mit den Tschechen wegen Teschen zu kämpfen; ferner hielt er es für das Beste, wenn Deutschland den Frieden nicht annehmen würde, so daß Polen Deutschland im Osten schlagen könnte. Paderewski ist der Ansicht, daß diese Haltung seit seiner Rückkehr nach Polen durch die Ereignisse anscheinend überholt ist. Trotz der großen Bewunderung der Polen gegenüber Paderewski hat der Landtag ihn auf Grund seiner Fürsprache für den Frieden mit der Ukraine abgewiesen. Die Lage Polens bringt die Pläne der Konferenz für eine Vereinigung Polens mit der Ukraine gegen die Bolschewisten in Rußland in Verwirrung.

Dieser Funkspruch zeigt erneut, was die Nachbarn des unter den Fittichen der Entente aufwachsenden Polenreiches zu erwarten haben. Jedenfalls dürfte nach dieser Aeußerung des polnischen Ministerpräsidenten eine etwaige „Schuldfrage" in absolut unzweideutiger Weise gelöst sein.

„Thorn bleibt fest in deutscher Hand."

Ein Erlaß des Gouverneurs.

Thorn, 26. Mai. Um der Beunruhigung unter der deutschen Bevölkerung wegen der drohenden Losreißung Thorns, Westpreußen, die zu einer gewissen Panik auszuarten droht, entgegenzutreten, erläßt der Gouverneur der Festung Thorn folgende Kundgebung:

„Durch die Friedensbedingungen unserer Feinde beunruhigt, sind dem Vernehmen nach viele Mitbürger im Begriff, ihre Familie und ihre Habe von Thorn abzuschieben. Es liegt kein Grund zu übereiliter Räumung vor, die unserer Sache schaden kann. Die Festung Thorn ist gegen alle Angriffe gesichert. Sie ist und bleibt fest in deutscher Hand.

Der Gouverneur:
Fabyx, Generalleutnant.

Die Schreckensherrschaft der Polen in Ostgalizien.

Berlin, 25. Mai. Die Ukrainische Gesandtschaft teilt folgende Wiener Meldung mit: Die Polen haben in Ostgalizien das Standrecht verhängt. In den durch polnische Truppen besetzten Gegenden wütet eine Schreckensherrschaft ohnegleichen gegen Ukrainer und Juden. Die aus Mitteln der Entente ausgerüstete Armee Haller hat sogenannte Strafabteilungen gebildet, welche hinter den Frontruppen die ukrainische Bevölkerung in den besetzten Gebieten, welche sich dem polnischen Imperialismus nicht unterwerfen will, strafen sollen. Die ukrainische Intelligenz wird zu Hunderten rücksichtslos verhaftet und festgesetzt. Nach verläßlichen Berichten aus Sambor sind viele Ukrainer, Intelligenz wie Bauern, von diesen Strafkompagnien standrechtlich erschossen, jede Zusammenkunft von Ukrainern unterdrückt, selbst Kirchen gesperrt und Priester verhaftet worden.

Lebensmittelkrawalle in Teschen.

In Prag und in einer Anzahl tschechischer Industriezentren, in Pilsen, Budweis, Kladno, Nimburg, Jungbunzlau und Schlan, haben in den letzten Tagen große Arbeiterdemonstrationen gegen die Lebensmittelteuerung stattgefunden.

In Kladno war vor dem Rathause ein Galgen aufgestellt, der dort seither stehen blieb. Dem „Pravo lidu" zufolge wurden dort die als Kettenhändler bekannten Personen eine nach der anderen vor diesen Galgen geführt, wo angesichts der Arbeiterschaft jeder Kettenhändler einen feierlichen Eid folgenden Inhalts leisten mußte: „Ich schwöre, daß ich niemals mehr Wucher treiben werde und mich von jederlei Kettenhandel fernhalten werde!" Wenn einer nicht schwören wollte, wurde der Strick um den Hals des Kettenhändlers gelegt und die Schlinge solange zugezogen, bis der Delinquent den Eid leistete. Der Galgen wurde sodann unter den Schutz des Stadtrates gestellt, der gerade im Rathause eine Sitzung abhielt. Der Galgen wird anstelle der bisherigen Freiheitslinde in Kladno stehen bleiben.

In Prag erzwang die Menge den Eintritt in die geschlossenen Läden und setzte zunächst eine 50prozentige Preisherabsetzung durch. Bald aber kam es zu Massenplünderungen, so daß Militär die verkehrsreichsten Straßen der Stadt absperren mußte. 50 Personen wurden wegen Plünderung verhaftet. Der Schaden beläuft sich auf Millionen. Die Prager Markthallen wurden von der Menge gestürmt, die zunächst von ihr festgesetzte Preise bezahlte, dann aber die Waren ohne Bezahlung fortschleppte. Die Zahl der Demonstranten betrug mehr als 40000. Es kam auch zu Ausschreitungen gegen Deutsche. Seit dem 22. Mai feiern die Arbeiter der großen Fabriken in Prag, um an den Demonstrationen teilzunehmen; die Arbeitsverweigerung soll solange dauern, bis ein Abbau der Preise gesichert erscheint.

Die Lage in Rußland.

Die sogenannte russische Nordarmee, eine aus russischen Freiwilligen zusammengesetzte Truppe hat, wie das russische Informationsbüro meldet, Peterhof genommen. Die englische Flotte soll an dem Erfolge beteiligt sein. Peterhof liegt nur etwa 21 Kilometer von Petersburg entfernt.

Dem Kopenhagener Blatt „Politiken" wird aus Warschau gemeldet, daß Lenin dem Admiral Koltschak einen Waffenstillstand angeboten habe. Die Waffenruhe soll zur Einleitung von Friedensverhandlungen benutzt werden. Lenin hat noch keinen Bescheid auf sein Angebot erhalten.

Versailles, 25. Mai. Der Viererrat beschäftigte sich am Sonntag mit den russischen Angelegenheiten. Er hörte den Bericht der japanischen Delegierten, der sich für die Anerkennung der Regierung des Admirals Koltschak aussprach. Es scheint, daß die Alliierten nunmehr über die Zweckmäßigkeit der Anerkennung Koltschaks einig sind.

Die deutschen Gegenvorschläge.

Berlin, 26. Mai. Aus Versailles ist jetzt der redigierte Text der deutschen Gegenvorschläge in Berlin eingelaufen. Er wird gleichzeitig mit seiner Ueberreichung in Versailles veröffentlicht werden. Da in Versailles eine deutsche Druckerei jetzt angekommen ist, rechnet man darauf, daß die Drucklegung des Dokuments in ein bis zwei Tagen vor sich gehen kann.

Die Kämpfe in Ungarn

Die Angriffe der Räte-Armee gegen die Nordfront dauern fort und haben anscheinend zu Erfolgen der kommunistischen Truppen geführt. Das Tschechoslawische Preßbüro gibt dies in folgender Meldung indirekt zu:

Prag, 25. Mai. Gestern früh wurde der Vormarsch gegen Miskolcz aufgenommen. Infolge des starken Widerstandes der feindlichen Streitkräfte war es nicht möglich, die Stadt wiederzunehmen. Im Berggebiet südlich von Kaschau wurde ein Aufruhr der Arbeiter hervorgerufen. Die fanatisierten bolschewistischen Regimenter bedrohen stellenweise die Bahnstrecke Banreve-Dobojna. Es wurden alle Gegenmaßregeln gegen diese Verschwörung im Rücken der tschechischen Armee getroffen.

Die Ofener Räteregierung verbreitet folgende Meldung über diese Kämpfe:

Ofenpest, 26. Mai. Der Feind zieht sich in aufgelösten Verbänden gegen Sajo-Szent, Peter, Szikszo und Tisza-Lucz zurück und wird von unseren siegreichen Truppen verfolgt. Am 23. Mai waren die in der Umgebung von Miskolcz schnell zusammengezogenen tschecho-rumänischen Truppen zu einem schneidigen Gegenangriff übergegangen; der Kampf dauerte erbittert bis zum Vormittag des 24. Mai an. Die Miskolczer Arbeiterschaft ist bewaffnet und eingestellt worden und kämpfte neben den Ofenpester Arbeiter-Regimentern. Die Verluste des Feindes sind sehr groß. Das aus siebenbürgischen Rumänen gegründete 61. Infanterie-Regiment ist nahezu vernichtet. In der Gegend von Putnok warfen unsere Abteilungen den Feind über das Bükhgebirge und erreichten den Sajo und das Rimatal. — Die Eisenbahn Banreve—Dobcyna ist für die Verlorgung der tschechischen Truppen sehr wichtig; ihre Bedrohung durch die Rätetruppen konnte die Tschechen in eine üble Lage bringen. Die Frage ist nur, wie lange die Widerstandskraft der madjarischen Räte-Armee anhält und ob nicht eine Fortsetzung der französisch-serbischen Offensive an der Ost- bezw. Südfront die madjarische Nordfront so schwächen wird, daß die Tschechen doch wieder vorwärts kommen.

Die neuen Steuergesetze.

Eine Reihe von wichtigen Steuergesetzen sind vom Reichsamt des Innern fertiggestellt und haben die Zustimmung des Kabinetts gefunden, sodaß sie jeden Tag, sobald der Augenblick dafür opportun erscheint an den Staatenausschuß und die Nationalversammlung geleitet werden können. Unter diesen Steuergesetzen sind neben einigen kleineren Gesetzen als besonders wichtig zu nennen eine Vermögenszuwachssteuer, eine Erhöhung der Tabak- und der Zuckersteuer.

Die weitere Gesetzgebung wird natürlich wie die ganze Gestaltung der deutschen Reichsfinanzen in höchstem Maße abhängig sein von den Bedingungen des Friedensvertrages, der bekanntlich für die Forderungen der Feinde eine erste Hypothek auf die deutschen Reichseinkünfte legen will.

„Deutschlands einzige Schuld im Kriege".

Zürich, 26. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Graf Rantzon überreichte die 13. deutsche Note die sich auf die Schuldfrage bezieht. Darin gibt Deutschland zu, daß es die belgische Neutralität zu Unrecht verletzt habe, erklärt aber ausdrücklich, daß dies seine einzige Schuld im Kriege sei.

Wien — die „zweite Hauptstadt der deutschen Republik".

Wien, 22. Mai. In der Rede, mit der der neugewählte Bürgermeister Reumann die Wahl annahm, betonte er unter stürmischem Beifall, daß die Bevölkerung, möge auch der Friedensvertrag jetzt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts verwehren, den festen Willen habe, daß Wien die zweite Hauptstadt der deutschen Republik werde.

Schlesischer Heeresbericht.

25. Mai 1919. Die rege polnische Patrouillentätigkeit bei Zdunky und Umgebung dauert an. Alle Versuche, über die Demarkationslinie vorzustoßen, scheiterten an der Wachsamkeit unserer Posten. Ansammlungen gegenüber Kollande (südl. Sulmirschütz) wurden rechtzeitig erkannt und zerstreut.

Am 23. Mai abends nahmen die Polen erneut gegen alle Abmachungen den in Zdunky einlaufenden Personenzug unter Feuer.

In der Gegend von Zdunky rege feindl. Fliegertätigkeit.

— 26. Mai 1919. Eine auf Kollande (südl. Sulmierschütz) vorstoßende feindliche Patrouille wurde durch unser Feuer vertrieben.

Am 24. 5. abends nahmen die Polen den in Zdunky einlaufenden Personenzug wieder unter M.-G.-Feuer.

Ebenso wurde von ihnen ohne ersichtlichen Grund die Straße nach Boleslavice (west. Boleslawic) mit Feuer belegt.

General-Kommando VI. A. K.

Lokales.

?? Namslau, 27. Mai. (Kreistag.) **Gestern fand die erste Kreistagssitzung in der neuen Zusammensetzung des Kreistages statt. Für heut sei nur mitgeteilt, daß Landratsamtsverwalter Herr Regierungsassessor Dr. Sahur, der bekanntlich kurz vor Kriegsbeginn an die Spitze der Verwaltung unseres Kreises trat, einstimmig zum Landrat gewählt bezw. beschlossen wurde, denselben dem Herrn Minister des Innern zur Ernennung zum Landrat des Kreises Namslau zu präsentieren. — Zu Kreisausschußmitgliedern wurden gewählt: Die Herren Erbscholtiseibesitzer Hannschilo—Kreuzendorf und Inspektor Jusek—Sterzendorf (Zent.), Rittergutsbesitzer von Loesch—Lorzendorf und Gutsbesitzer Brandt—Jakobsdorf (D. N.), Kantor Unikower (Soz. und Lehrer Gebhard (Dem.) — Weiterer Bericht folgt!**

△ (Richtpreise für Honig.) **Honig wird in so geringer Menge erzeugt, daß er für die allgemeine Ernährung nicht wesentlich in Betracht kommt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß teils von den Erzeugern, teils beim Weiterverkauf von Honig die geltenden Höchstpreise wesentlich überschritten wurden, ohne daß mit Erfolg dagegen Maßnahmen getroffen werden konnte. Die Verordnung über die Höchstpreise ist daher durch Verordnung des Reichsernährungsministers vom 8. d. M. aufgehoben worden. Für Lazarette und Kranke werden, wie in früheren Jahren, an den einzelnen Landesregierungen Honigmengen vertraglich bei der Zuweisung von Zucker zur Bienenfütterung sichergestellt werden. Der Uebernahmepreis für die so sichergestellte Honigmenge wird durchweg dem Butterpreis entsprechend bestimmt werden. Gleiche Preise können als Richtpreise für den im freien Verkehr abgesetzten Honig angesehen werden.**

= (Kein Schlußscheinzwang für Frühgemüse und Frühobst.) **Bekanntlich hat die öffentliche Bewirtschaftung von Frühgemüse und Frühobst aufgehört. Zeitungsnachrichten zufolge wird seitens der Reichsstelle für Gemüse und Obst deshalb auch auf die Durchführung des Schlußscheinzwanges für Frühware nicht mehr der frühere Wert gelegt. Vielmehr sind die Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen angewiesen worden, im Verwaltungswege dem Handel alle möglichen Erleichterungen und Befreiungen von der entsprechenden bisher geltenden gesetzlichen Vorschrift zu gewähren.**

= (Turnbrüderische Einigkeit in alle Zukunft.) **Angesichts der durch den Friedensschluß angedrohten Abtrennung deutscher Gebiete vom Mutterlande hat der Ausschuß der deutschen Turnerschaft die Aufforderung für alle etwa abgeschnittenen Vereine gerichtet, ihr deutsches Volkstum zu bewahren und auch fernerhin turnbrüderlich mit der deutschen Turnerschaft zusammen zu arbeiten.**

Der Proteststurm des Kreises Namslau.

Buchelsdorf, Michelsdorf und Belmsdorf.

Die heute hierselbst in einer Massenversammlung zusammengetretenen Gemeinden des Kreises Namslau: Buchelsdorf, Michelsdorf und Belmsdorf erheben einstimmig schärfsten Einspruch gegen die von unseren Gegnern beabsichtigte Erdrosselung des deutschen Volkes durch Losreißung lebenswichtiger Teile des deutschen Wiesel, vor allem gegen die Lostrennung Oberschlesiens und anderer schlesischer Gebiete, ganz besonders unseres Heimatkreises Namslau, eines durchaus deutschen Kreises mit deutsch gesinnten und deutsch sprechenden Einwohnern, von denen nur ein ganz verschwindend geringer Teil die polnische Sprache sprechen. Die Einverleibung in den polnischen Staat würde für uns auf unabsehbare Zeit schmachvolle Knechtschaft und Sklaverei bedeuten und wäre einem jedem Völker- und Selbstbestimmungsrecht hohnsprechende Vergewaltigung. Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben. Wir verlangen zum mindestens, daß wir gehört werden. Wir fordern, daß Wilson sein gegebenes Wort einlöse.

Wir erklären einstimmig und feierlichst, beim deutschen Reiche verbleiben zu wollen und geloben einstimmig, uns jeder Vergewaltigung durch Einverleibung in den polnischen Staat mit Waffengewalt bis zum Aeußersten zu widersetzen.

Wir verlangen und erwarten aufs bestimmteste, daß die Reichsregierung jegliche Loslösung schlesischer Landesteile verbindern wird.

Dörnberg. Wir unterzeichneten Bewohner des Dorfes Dörnberg erheben schärfsten Protest gegen die Abtretung irgend welcher Teile des Kreises Namslau an Polen. Eine solche Abtretung wäre eine verbrecherische Vergewaltigung. Die Bevölkerung ist deutsch gesinnt und will auch deutsch bleiben. Eine Abstimmung würde dies ohne weiteres ergeben. Wir erwarten bestimmt, daß uns die berufenen Stellen gegen die völlig unbegründeten polnischen Ansprüche in Schutz nehmen; sonst müssen wir mit den Waffen in der Hand unseren Kreis und Ort gegen polnische Raubgelüste schützen

Butschkau. Angesichts der furchtbaren Lage, in der unser Vaterland gegenwärtig sich befindet, wollen wir unter Vermeidung aller politischen und persönlichen Kämpfe innerhalb der Parteien uns einmütig hinter unsere neue Regierung stellen. Die gegenwärtige Stunde lehrt uns, daß uns Partei- und Standeskampf in immer größeres Elend bringt. Es gibt kein Erheben aus diesem Elend, wenn das Volk nicht **einig** hinter der Regierung steht. Darum wollen auch wir in unserem Orte endlich allen Streit begraben, der von außen in unser Gemeindeleben hineingetragen worden ist. Unsere Eltern und Vorfahren haben Jahrhunderte lang in Frieden miteinander in diesem Orte gelebt und gearbeitet — In diesem schrecklichen Krieg ist auch das Blut so vieler braver Männer unserer Ortschaft geflossen. Die Daheimgebliebenen, Männer, Frauen, Kinder und Greise, wie schwer haben sie gelitten! Unser aller Wille aber ist, das Gemeinwesen unseres Heimatortes darf nicht gestört werden. Wir wollen uns in Einigkeit die Hände reichen, um in unserer Heimat aufzubauen, was zerschlagen ist.

Herzberg. Die heute versammelte deutsche Gemeinde Herzberg, Kreis Namslau, erhebt feierlichst einen Protest gegen ihre Einverleibung in den polnischen Staat und erwartet auf das bestimmteste, daß ganz Schlesien dem Deutschtum erhalten bleibe.

Die Versammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß ihre Kundgebung entsprechenden Erfolg habe, und daß durch Verhandlungen der Friedensdelegierten ein Friede zustande kommt, der es uns Deutschen ermöglicht, durch energische Arbeit den unerhört hohen Friedensbedingungen gerecht zu werden. Dazu gehört aber vor allen Dingen, daß unser Lebensnerv, das oberschlesische Industriegebiet und die durch deutschen Fleiß auf die Höhe ihrer Leistungsfähigkeit gebrachte Landwirtschaft unseres geliebten Schlesierlandes dem Deutschtum erhalten bleiben.

Am 15. Mai vorm erhielt die Gemeinde Herzberg vom Reichsminister Erzberger folgendes Telegramm:

„Telegramm erhalten. Danke der Gemeinde für flammenden Protest gegen Gewaltfrieden. Auch Regierung setzt alles ein gegen Losreißung deutschen Landes.

Reichsminister Erzberger".

Polkowitz. Sämtliche Mitglieder unterzeichneter Gemeinde geben in der heutigen Protestversammlung bekannt: bei Einverleibung schlesischer Landesteile durch Polen, wie sie die Friedensbedingungen fordern, insbesondere Teile des Kreises Namslau dem polnischen Staat zu überlassen, sich diesem unnachsichtlich mit Waffengewalt bis zum Aeußersten zu widersetzen.

Kein Fußbreit schlesischen Bodens den Polen!

Strehlitz. Wir versammelte Einwohner der Gemeinde und des Gutes Strehlitz protestieren ganz energisch gegen jede Lostrennung von Teilen des Kreises Namslau, sowie überhaupt einzelner Teile Schlesiens vom deutschen Reiche.

Bankwitz. Die gesamte Einwohnerschaft von Bankwitz und Klinzig Einwohner aus Böhlig Kreis Namslau protestieren ganz energisch gegen die Lostrennung des Kreises Namslau sowie überhaupt einzelner Teile Oberschlesiens vom deutschen Reiche und sind entschlossen, evtl. mit Waffenwalt bis zum Aeußersten sich einem Gewaltfrieden zu widersetzen.

Höntgern. Am 11. Mai cr. fand hier eine Versammlung statt, zu welcher die hiesigen Bewohner aus allen Bevölkerungsschichten und ohne Rücksicht auf die Parteistellung zahlreich erschienen waren. Es wurde gegen die von unseren Feinden beabsichtigte Zerstückelung Schlesiens der allerschärfste Protest eingelegt und folgende Entschließung gefaßt: „Die gesamte Einwohnerschaft von Höntgern im Kreis Namslau erhebt einmütig mit Entrüstung den allerschärfsten Widerspruch gegen jede Losreißung von Teilen Schlesiens. Feierlich erklären wir den unbeugsamen Willen, im Deutschen Reiche zu verbleiben und uns der Einverleibung in den polnischen Staat bis zum Aeußersten, eventl. mit Waffengewalt, zu widersetzen."

Reichen. Unterzeichnete Einwohner von Reichen Kreis Namslau protestieren gegen Abtretung an Polen und wünschen, beim Deutschen Reiche zu verbleiben. Protestiert evtl. mit Waffengewalt.

Lorzendorf. Wir protestieren gegen die falschen Behauptungen der Polen, daß der Kreis Namslau von polnischer Bevölkerung bewohnt sei, insbesondere auch dagegen, daß Teile des Kreises vom deutschen Reiche losgelöst werden.

Wir erneuern das Gelübde:" Stets bei Preußen-Deutschland verbleiben zu wollen, da wir Deutsche sind und werden uns einer Einverleibung in den polnischen Staat mit Waffengewalt bis zum Aeußersten widersetzen.

Vorstehendes Gelöbnis bestätigen wir durch unsere Unterschriften.

Reichthal. Die Bevölkerung der Stadt Reithal erklärt, daß sie deutsch denkt und fühlt und erhebt flammenden Einspruch gegen jedweden Versuch, sie von ihrem deutschen Vaterlande, Preußen und Schlesien, loszulösen und ist fest entschlossen, diesen ihren Willen mit Waffengewalt durchzusetzen.

Sorzow. 233 Männer und Frauen der Kolonien von Sterzendorf und Dammer des Kreises Namslau protestieren ganz energisch gegen Einverleibung ihres Heimatlandes in den polnischen Staat. Durch ihre Unterschriften geben sie den festen Willen kund, beim deutschen Reiche verbleiben und sich gegebenenfalls der Einverleibung in den polnischen Staat mit Waffengewalt bis zum Aeußersten widersetzen zu wollen.

Proschau. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung hiesiger Wahlberechtigter in der Schule erhebt schärfsten Protest gegen die sog. Friedensbedingungen, die Deutschland die größte Schmach, die es je widerfahren hat, zufügen soll.

Wir, die versammelten Einwohner von Proschau, protestieren energisch gegen die Verschacherung rein deutsch denkender und fühlender Gebiete an Polen bezw. auch an die westlichen Feinde.

Gut Nieder **Wilkau**, Hohen **Wilkau**, Neu **Wilkau**. Wir Unterzeichneten erheben hiermit stärksten Protest gegen jede Abtrennung irgendwelcher Teile von Schlesien. Wir alle sind fest entschlossen, beim deutschen Reiche zu verbleiben und würden uns einer gegen unseren Willen erfolgten Einverleibung in den polnischen Staat mit Waffengewalt bis zum Aeußersten widersetzen. Unsere einmütige Bitte und Forderung lautet:" Schlesiens Unteilbarkeit bleibt unangetastet."

Wallendorf. Am heutigen Tage fand eine zahlreich besuchte Protestversammlung statt, gegen eine Teilung Schlesiens und die unerhörten Bedingungen der Entente. Es wurde folgender Protest angenommen:

„Die am 11. Mai versammelten Bewohner der Gemeinden Wallendorf und Dziedzitz des Kreises Namslau erheben einstimmig stärksten Protest gegen den Gewaltfrieden und gegen jede Teilung Schlesiens. Sie erklären, Schlesien muß unbedingt und unzerteilt beim Deutschen Reiche verbleiben. Wir werden uns einer Einverleibung in den polnischen Staat bis zum Aeußersten evtl. mit Waffengewalt widersetzen.

Dammer. Gegen die dimmelschreiende Ungerechtigkeit des von französischer Rachsucht und englischem Haß und Krämerneid diktierten Gewaltfriedens erhebt die Bevölkerung des Guts- und Gemeindebezirks Dammer, Kreis Namslau, lautesten Protest. Nötigenfalls wird zu den Waffen gegriffen.

Die Massenversammlung fordert von der eignen Volksregierung wirksamen Schutz gegen großpolnische, ländergierige Annektionsabsichten, auf unsere teure, schlesische Heimat und schleunigste Befreiung unserer Kriegsgefangenen aus grausamer Feindeshand.

Glausche. 320 Männer und Frauen der Gemeinde Glausche, Kreis Namslau, die sich heute hier versammelt haben, erheben einstimmig Protest gegen jede Lostrennung deutschen Gebiets von unserem Vaterlande. Insbesondere wird Einspruch erhoben gegen die geplante Zerstückelung unseres Heimatlandes Schlesien, namentlich aber gegen die Abtrennung Oberschlesiens und Teilen unseres Heimatkreises, die mit dem übrigen Schlesien wirtschaftlich und kulturell unbedingt zusammengehören. Sie geben ihrem festen Willen Ausdruck, dem deutschen Reiche für immer angehören und sich der Einverleibung in den polnischen Staat gegebenenfalls gewaltsam widersetzen zu wollen. Sie erblicken allein in dem Verbleib beim Deutschen Reiche die Gewähr für Aufrechterhaltung ihrer Kultur.

Kreuzendorf. Wir Einwohner von Kreuzendorf protestieren gegen jede gewaltsame Loslösung von Gebietsteilen des deutschen Reiches, insbesondere Schlesiens und die fernere Besetzung deutschen Gebietes und fordern sofortige Freilassung der Gefangenen.

Deutsch-Marchwitz. Die heute den 11. Mai d. Js. versammelten Einwohner der Gemeinden Bachwitz, Erdmannsdorf und Sophienthal protestieren aufs Schärfste gegen jede Abtrennung irgend welcher Teile von Schlesien. Wir betrachten eine derartige Abtrennung von Deutschland als eine himmelschreiende Vergewaltigung und Ungerechtigkeit und geloben feierlichst, niemals und unter keinen Umständen einem derartigen Ansinnen uns zu beugen, sondern die ungerechnbare Einigkeit unserer geliebten Heimatprovinz Schlesien evtl. mit Waffengewalt bis zum Aeußersten verteidigen zu wollen. Wir sind und fühlen deutsch, wollen es auch bleiben und halten treu und fest zur deutschen Heimat, treu zum ungeteilten Schlesien.

Wilkau. Die Einwohner von Wilkau, Kreis Namslau, erheben hiermit stärksten Protest gegen jede Abtrennung irgend welcher Teile von Schlesien. Wir alle sind fest entschlossen, beim deutschen Reiche zu verbleiben und würden uns einer gegen unseren Willen erfolgten Einverleibung in den polnischen Staat evtl. mit Waffengewalt bis zum Aeußersten widersetzen. Unsere einmütige Bitte und nachdrückliche Forderung lautet:

Schlesiens Unteilbarkeit bleibt unangetastet!
An seiner Grenze darf nichts geändert werden!

Städtel. Die heute in der Schule zu Städtel versammelten Frauen und Männer aus der Ortschaft Städtel erheben flammenden Protest gegen die Abtrennung irgend welcher Teile Schlesiens. Durch handschriftliche Unterzeichnung geben sie den festen Willen kund, als Deutsche bei einem ungeteilten Schlesien zu verbleiben und sind bereit, sich einer Einverleibung in den polnischen Staat mit Waffengewalt zu widersetzen. Gleichzeitig fordern sie von der Reichsregierung, energische Schritte zu unternehmen, daß unsere Gefangenen sofort freigegeben werden.

Simmelwitz. Alle heut hier anwesenden Männer und Frauen aus Gemeinde und Gut Simmelwitz protestieren gegen die uns zugedachten schmachvollen Friedensbedingungen. Sie beschließen die Absendung folgender Protestkundgebung an die beteiligten Stellen:

„150 Männer und Frauen aus Gemeinde und Gut Simmelwitz, Kreis Namslau, erheben flammenden Protest gegen die Abtrennung schlesischer Landesteile vom Deutschen Reiche. Sie bitten, alles aufzubieten, um eine Angliederung schlesischer Teile an Polen zu verhindern. Sie würden sich einer Einverleibung in den polnischen Staat mit Waffengewalt bis zum Aeußersten widersetzen."

Grambschütz. Die Einwohnerschaft des Ortes Grambschütz versammelte sich fast vollzählig und beschloß nachstehenden Protest:

„Einmütig erhebt die Einwohnerschaft von Grambschütz, Kreis Namslau, flammenden Protest gegen die Verschacherung der Heimat. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie auf keinen Fall einen solchen Frieden unterzeichnet. Schlesien muß ungeteilt beim Reiche bleiben. Wir sind entschlossen, im äußersten Falle zur Selbsthilfe zu greifen."

Roldau. Fast die gesamte Einwohnerschaft Roldaus und der hier einquartierte Grenzschutz hatte sich zu einer großen Protestkundgebung gegen die schmachvollen Friedensbedingungen und Abtrennung deutschen Gebiets eingefunden. Lehrer Fröhlich, als Einberufer der Versammlung, besprach in längeren Ausführungen die maßlosen Forderungen unserer Feinde, die uns zu Sklaven und Bettlern herabdrücken würden. Es wurde energischer Protest dagegen und gegen jegliche Abtrennung schlesischen Bodens erhoben und durch ein lautes beschwörendes „Ja" versichert, den etwaigen Kampf bis zum letzten Blutstropfen aufzunehmen.

Herr Leutnant Müller vom Grenzschutz legte den Anwesenden in markigen Worten dar, daß der Grenzschutz alles, was in seinen Kräften steht, tun wird um die schesischen Genzen vom Polenfeinde im Ernstfalle fernzuhalten.

Am Schlusse wurde folgende Protestresolution gefaßt und an die maßgebenden Regierungsorgane telegraphisch gesandt:

„Die Einwohner von Gemeinde und Gut Roldau, Kreis Namslau, protestieren aufs schärfste gegen die uns zugedachten Friedensbedingungen, durch welche wir Sklaven und Bettler würden. Wir treten keinen Fuß schlesischen Heimatbodens ab und werden denselben zu verteidigen wissen. Wir fordern sofortige Rückgabe unserer armen Kriegsgefangenen."

Nach Abingung des Liedes: „Deutschland, Deutschland über alles" bekundeten die Teilnehmer durch Namensunterschrift ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche.

Minkowsky. Wir heute, den 11. Mai, vollzählig versammelten Bewohner von Gut Und Gemeinde Minkowsky, Kreis Namslau, erheben stärksten energischen Protest gegen jede Abtrennung irgend welcher Teile des deutschen Reiches. Wir erklären bestimmt und fest, alzeit deutsch bleiben zu wollen und evtl. unsere liebe Heimat mit Waffengewalt bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

Eisdorf. Die erwachsenen Bewohner des Gemeinde- und Gutsbezirks Eisdorf waren sehr zahlreich erschienen, um gegen jede Abtrennung irgend welcher Teile von Schlesien an Polen stärksten Protest zu erheben.

Die Versammlung beschloß einmütig:

„Wir Bewohner aus Gemeinde und Gut Eisdorf, ohne Unterschied der Parteirichtung, erheben flammenden Protest gegen die Loslösung irgend welcher Teile von Schlesien — insbesondere von Teilen des Kreises Namslau — vom deutschen Reiche und erklären durch Unterzeichnung den festen Willen, beim deutschen Reiche verbleiben und sich einer Einverleibung in den polnischen Staat evtl. mit Waffengewalt bis zum Aeußersten widersetzen zu wollen.

Böhlitz. An unsere Feinde! Wir Einwohner von Böhlitz protestieren hiermit auf das Entschiedenste gegen jedwede Abtrennung irgendwelcher Teile von Schlesien. Wir bekunden durch handschriftliche Unterzeichnung den festen Willen, unentwegt und unverrückt beim Deutschen Reiche für immer verbleiben zu wollen und wir werden uns jedweder Einverleibung in den polnischen Staat evtl. mit Waffengewalt bis zum Aeußersten widersetzen.

Ungeteilt und ungetrennt muß Schlesien dem Deutschen Reiche für uns und unsere Kindesnachkommen erhalten bleiben.

(Weitere Veröffentlichungen folgen.

Provinzielles.

Oppeln. Am Bahndamm in der Nähe der Oder wurde die Händlerin Anne Heider aus Kanthen (Kr. Ratibor) mit mehreren lebensgefährlichen Stichwunden aufgefunden. Als Täter bezeichnete die Frau den Maurer Jakob Stach aus Dometzko; er habe ihr auch 500 Mark geraubt.

Rybnik. Als ein Leutnant vom Grenzschutz sein Pferd besteigen wollte, blieb der Handgranatengürtel am Sattelzeug hängen. Eine Handgranate explodierte und zerriß den Leutnant und zwei Mann; außerdem verletzte sie noch einige Mannschaften.

Oppeln. Am Bahndamm in der Nähe der Oder wurde die Händlerin Anna Heider aus Kanthen (Kr. Ratibor) mit mehreren lebensgefährlichen Stichwunden aufgefunden. Als Täter bezeichnete die Frau den Maurer Jakob Stach aus Dometzko; er habe ihr auch 500 Mark geraubt.

Rybnik. Als der Leutnant vom Grenzschutz sein Pferd besteigen wollte, blieb der Handgranatengürtel am Sattelzeug hängen. Eine Handgranate explodierte und zerriß den Leutnant und zwei Mann; außerdem verletzte sie noch einige Mannschaften.

Bekanntmachung.

Für einige, von Kleidungsstücken völlig entblößte Kinder — Knaben und Mädchen — im Alter bis zu 12 Jahren, werden gebrauchte, aber noch tragfähige Kleidungsstücke dringend gebraucht und zu kaufen gesucht; auch geschenkweise Ueberlassung ist erwünscht.

Angebote und Abgabe im Rathaus Zimmer 3 erbeten.

Namslau, den 27. Mai 1919.

Der Magistrat (Wohlfahrtsdeputation).
Der Volksausschuß.

Bekanntmachung.

Die nach der Verordnung vom 5. Februar 1919 (R.G.-Bl. S. 176) von der Polizeibehörde festzusetzenden Sonntage, an denen im Jahre 1919 ein Geschäftsverkehr in offenen Verkaufsstellen stattfindendarf, sind für die Stadt Namslau bestimmt auf

den 1. Juni	7—9½	Vorm.,	11½—1	Nachm.,
29. „	7—9½	„	11½—1	„
6. Juli	7—9½	„	11½—5	„
5. Oktober	7—9½	„	11½—5	„
12. „	7—9½	„	11½—1	„

Namslau, den 23. Mai 1919

Die Polizei-Verwaltung.
Der Volksausschuß.

Für die mir in so reichem Maße erwiesene Teilnahme beim Heimgange meines unvergeßlichen Mannes sage ich auch im Namen meiner Kinder innigsten Dank.

Ober-Wilkau, im Mai 1919.

Luise Kabitz
geb. Pulst.

Gestern abend 8½ Uhr entschlief sanft nach langen Leiden unsere geliebte Mutter, Schwieger- und Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Marie Assmann
geb. **Feja**

im 75. Lebensjahr.

Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen dies im Namen aller Hinterbliebenen hiermit an

Namslau, Dt. Vorstadt 45

die trauernden Kinder.

Beerdigung Donnerstag nachm. 3 Uhr.

Müh' und Arbeit war ihr Leben,
Ruhe hat ihr Gott gegeben.

Männer-Turn-Verein „Jahn".

Freitag, den 30. Mai, abends 7½ Uhr im Saale der Frau Scharf

öffentliche Generalprobe

für die Aufführungen am Familienabend.

1. **Konzert.**
2. **Schauturnen.**
3. **Die Gänseliesel und der Hirtenhans.** Heiteres Spiel mit Gesang und Tanz für 2 Damen von W. Barth-Erlensteg.
4. **'s trotzig' Dirndl.** Lied für eine Dame von Rich. Heinze.
5. **Die schwarze Afra.** Volksstück mit Gesang von Luise Sauer.
6. **O, diese Männer!** Original-Soloscene für eine Dame von S. Kaiser.
7. **Ein fideler Bauer.** Heiteres Singspiel von Felix Renker.
8. **Fröhliche Mad'ln.** Humoristisches Duett für 2 Damen von Otto Werner.

Eintrittspreise: I. Platz 1,00 Mk., II. Platz 0,50 Mk.
Vorverkauf bei Herrn Kürschnermeister Slanina.

Der Vorstand.

Zu dem am Sonntag, den 1. Juni stattfindenden

Schleifen-Tanz

ladet freundlichst ein

Gastwirt Grusa,
Grüneiche.

Zu dem am Sonntag, den 1. Juni stattfindenden

Tanz-Kränzchen

ladet freundlichst ein

Pietruska,
Gastwirt in Herzberg.

Möbel

Schlafzimmer in Eiche und dunkel poliert, Wohnzimmer in Nußbaum und dunkel poliert, Sophas in Plüsch und Stoff, Chaiselongues, verschied. Arten Betten mit Patent- u. Polstermatratzen, komplette Küchen, einzelne Stücke: Schränke, Vertikows, Waschtische und Waschtoiletten mit u. ohne Marmor, Spiegel usw.

empfiehlt

Fritz Beier,
Tischlermeister. Kirchstr. 2.

Suche auf Bezugscheine und zu hohen Preisen jedes Quantum

Kartoffeln

zu kaufen.

Gustav Bischoff, Rudy-Piekar
Kr. Tarnowitz.

Zum sofortigen Antritt werden

6 Tischler oder Stellmacher

für leichte dauernde Beschäftigung bei hohem Verdienst gesucht.

Adolf Gafert,
Krakauerstr. 26.

Frauen zur Gartenarbeit

sucht dringend **Maskos.**

Frische Eier kauft

für seinen Hausbedarf und erbittet Angebote nach Kasernenstr. 29 a

Direktor Arndt.

Der Glanz bleibt

auch bei nassem Wetter auf Ihren Schuhen, wenn Sie **Dr. Gentner's Oelwachslederputz**

Nigrin

verwenden, denn Nigrin ist wasserbeständig, während gewöhnliche Wasserkreme sich im Regenwasser schwarz auflöst und alles beschmutzt.

Hersteller auch des so beliebten Parkett- und Linoleumwachses „Roberin": Carl Gentner, Göppingen (Württbg.)

Am Himmelfahrtstag:

Großes Tanz-Kränzchen.

Schwuntek.

Jugendschriften

in großer Auswahl.

Opitz'sche Buchhandlg.

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar **Hans Hinderer,**
Breslau V, Schweidnitzer Stadtgraben 16 Tel. 6399.

Achtung!

Bin laufend Abnehmer von

Schlachtpferden und Schlachtziegen

zu den höchsten Tagespreisen.

Jack Mayer, Breslau.
Augustastraße 39. Telefon 6984.

Krankenkassen- An- und Abmeldebogen auch als Postkarten-Formular

zu haben in der

Buchdruckerei O. Opitz.

Gutgehendes Gasthaus

auf dem Lande zu pachten gesucht. Später Kauf. Offerten an die Geschäftsstelle d. Ztg.

2 Stck. noch guterhaltene Fenster,

1,85 hoch, 1 Meter breit, zu verkaufen.

R. Koschwitz.

Ein gehäkelter goldener

Pompadour

am Sonntag in Böhmwitz verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei

Geschw. Epphardt.

Wer heiraten will, verlange gegen Einf. von 30 Pfg. den **Schlesischen Heiratsanzeiger** in **Neurode** i. Schlesien.

Einjähriges Fohlen

steht zum Verkauf.

Valentin Marzok,
Kaulwitz.

Feldgrauer Ulster, Rock und Hose

für mittlere Figur, sowie

1 P. kindled. Schnürstiefel

Länge 28 cm, am Sonnabend, den 31. Mai zu verkaufen. Zu erfragen **Herrengasse 2 I links.**

Ein Paar gut erhaltene weiße

Leinenschuhe

Nr. 35, zu kaufen gesucht. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Tüchtiges Alleinmädchen

mit Kochkenntnissen für kl. herrsch. Haushalt in Breslau (Scheitnig) sofort gesucht. 1 Kind, Kinderfrl. vorhand. Anfangsgehalt M. 40 Zuschriften unter **O. 722** an **Haasenstein & Vogler A.-G. Breslau.**

Einfaches Mädchen oder alleinst. ältere Frau als

Wirtin

in kleine Landwirtschaft sofort gesucht. Erfahrung in Geflügelzucht und im Melken erwünscht. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.